

Die Rechtschreibreform auf der Kippe

Schweizer Behörden befürchten Chaos

Bei den Schweizer Schulbehörden wächst die Angst vor einem Scheitern der neuen Rechtschreibung. Im Inland ist der Widerstand gegen die Reform noch klein, aber die Gegner versuchen zu mobilisieren.

Markus Häfliger und Luzi Bernet

Belustigt haben Schweizer Schulpolitiker bisher mitverfolgt, wie heftig in Deutschland um die Rechtschreibung gestritten wird. Seit Freitag jedoch sind sie nicht mehr amüsiert, sondern alarmiert. Nachdem der Springer-Verlag, «Der Spiegel» sowie die «Süddeutsche Zeitung» zur alten Schreibweise zurückkehren, habe er «Angst vor dem absoluten Chaos», gesteht der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), der St. Galler Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling (fdp.).

Nach dem Coup der Verlage appelliert der oberste Schweizer Schulpolitiker an das deutsche Pendant der EDK, die Konferenz der Kultusminister der Bundesländer. «Ich hoffe, daß die Kultusministerkonferenz hart bleibt, sonst droht ein Scherbenhaufen», erklärte Stöckling am Samstag gegenüber der NZZ. Seit sechs Jahren werde in den Schulen nach neuen Regeln unterrichtet; «da kann man nicht mehr zurück».

Falls die Kultusminister die Rechtschreibreform dennoch rückgängig machen sollten, müßten auch die Schweizer Schulen zurückkriechen, fürchtet Stöckling. «Uns bleibt in diesem Bereich nichts anderes übrig als der Nachvollzug», pflichtet ihm Basels Erziehungsdirektor Christoph Eymann (Liberale) bei. Eymann outet sich zwar als Gegner der Reform, «doch das ist jetzt nicht mehr relevant». Aus Verantwortung gegenüber Schülern und Lehrern müsse man für Berechenbarkeit und Sicherheit sorgen. Für die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aepli (sp.) - ebenfalls «kein Fan der Reform» - kommt die Reaktion der Verlage schlicht «zu spät».

Die Schweizer Erziehungsdirektoren wollen deshalb ihre deutschen Kollegen «zur Vernunft mahnen», sagt Christian Schmid, Beauftragter für die Rechtschreibreform bei der EDK. Dazu kommt der EDK wie gerufen, daß die Kultusministerkonferenz die Schweizer, Österreicher und Liechtensteiner diese Woche zu einer dringenden Sitzung eingeladen hat. Das Krisentreffen in Wien hat Symbolcharakter: Am 1. Juli 1996 haben acht Länder mit deutschsprachigen Mehr- oder Minderheiten in Wien mittels einer Absichtserklärung die Reform per 1. August 1998 eingeführt. Festgelegt wurde damals auch, daß alte Schreibungen noch bis Ende Juli 2005 toleriert werden. Ab diesem Datum müssen die Lehrer Schreibweisen wie «Tolpatsch», «Schiffahrt» oder «Gemse» als Fehler werten.

In der Schweiz ist der organisierte Widerstand gegen diese Pläne bisher bescheiden geblieben. Doch derzeit versuchen Reformkritiker, auch hierzulande gegen die neuen Regeln zu mobilisieren. Anfang Juni haben die Schriftsteller Adolf Muschg, Urs Faes und Pirmin Meier, der Basler Professor Rudolf Wachter und weitere Sprachwissenschaftler einen Aufruf gegen die Reform veröffentlicht. Sie fordern von der EDK, die Reform auszusetzen und durch unabhängige Experten überprüfen zu lassen. Der Aufruf wurde allen Deutschlehrern an Gymnasien zugestellt. Wie viele unterschreiben, lasse sich erst nach den Schulferien sagen, erklärt der Initiator, der St. Galler Gymnasiallehrer Stefan Stirnemann.

Daß ein Stopp der Reform ins Chaos führe, läßt Stirnemann nicht gelten: «Das große Durch-

einander herrscht jetzt.» Weil die neuen Regeln bereits mehrmals überarbeitet wurden, erscheint Ende August bereits die dritte Duden-Ausgabe seit Beginn der Reform. Man könne doch nicht alle Schüler zwingen, bereits wieder einen neuen Duden zu kaufen, so Stirnemann.

Im Unterschied zu der rebellierenden Gruppe um Stirnemann hält der Dachverband der Schweizer Lehrer an der Reform fest. «Man kann in der Schule nicht alle paar Jahre die Rechtschreibung umstellen», sagt Verbandspräsident Beat Zemp. Die deutschen Großverlage würden mit ihrem Beschluß den Schülern das Leben bloß unnötig erschweren. Trotzdem gibt sich Zemp optimistisch. Mit jedem Schülerjahrgang würden sich die neuen Regeln stärker durchsetzen, glaubt er: «Die Macht in der Zeit liegt nicht bei Verlagen und Schriftstellern, sondern bei der Schule.»

Artikel erschienen in NZZ online am 8. August 2004